

# 37.



# BUNDES KONGRESS

# **Beschlussheft**

37. Bundeskongress

Wintersemester 2025/26

Die Linke.SDS

# Inhaltsverzeichnis

Formalanträge .....	4
F2 Geschäftsordnung .....	4
Inhaltliche Anträge .....	8
A1 Leitantrag des Bundesvorstandes zum 37. Bundeskongress .....	8
Universität .....	14
A10 Akademischer Boykott Jetzt! .....	14
A12 Frieden will gelernt sein: Zivilklauseln ausbauen! .....	15
A13 Bildung für Alle statt Disziplinierung – Eine andere Uni ist möglich. ....	18
Frieden .....	20
A4 Zusammen geht mehr – Die Friedensfrage in die Tarifrunden tragen! .....	20
A5 Ich war, ich bin, ich werde sein! – Auf zum LL-Wochenende ! .....	21
A9 Internationalismus leben: Palästina-Delegation 2026 .....	23
D1 Selbstbestimmung und Souveränität verwirklichen – Schluss mit der US-Aggression gegen Venezuela! .....	24
D3 Nein zur Wehrpflicht, Nein zur NATO – Recht auf Frieden verwirklichen .....	26
Strategie .....	30
A8 Take Back the Future – Der antikapitalistische Jugendkongress .....	30
Die Linke .....	34
A3 Die Linke gestalten: Mietenkampagne und ihre Chancen! .....	34
A7 Solidarische Alternative .....	37
D2 Sozialistische Opposition statt Mehrheitsbeschaffer Merz – Nein zur Rentenreform .....	38
Verband .....	40
A6 Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser. Bundesvorstandsprotokolle und Beschlüsse müssen verbandsöffentlich zugänglich sein! .....	40

# Formalanträge

## F2 Geschäftsordnung

### § 1 Arbeitsgremien

5 (1) Der Bundeskongress wählt als Arbeitsgremien in offener Abstimmung und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird, jeweils im Block:

1. ein Tagungspräsidium,
2. eine Mandatsprüfungskommission,
3. eine Antragsberatungskommission,
4. eine Wahlkommission,
- 10 5. eine Protokollkommission,
6. ein Awareness-Team.

(2) Das Tagespräsidium muss quotiert besetzt sein.

15 (3) Der Bundeskongress wird vom Tagungspräsidium geleitet. Das Tagungspräsidium bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung. Die Tagungsleitung auf dem Bundeskongress ist quotiert mit drei Personen zu besetzen.

### § 2 Allgemeine Verfahrensregeln

(1) Geschäftsordnung, Wahlordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Bundeskongresses in dieser Reihenfolge beschlossen.

20 (2) Rederecht haben die angemeldeten Delegierten, Mitglieder von Die Linke.SDS, Mitglieder der Hochschulgruppen von Die Linke.SDS, Mitglieder von assoziierten Hochschulgruppen, sowie die Mitglieder der Arbeitsgremien des Bundeskongresses. Gästen des Bundeskongresses kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden.

(3) Die Tagungsleitung

1. ruft die Tagesordnungspunkte und
- 25 2. die dazugehörigen Anträge auf,
3. leitet die Beschlussfassung,
4. erteilt das Wort,
5. kann Redner\*innen zur Sache rufen, muss ihnen das Ende der Redezeit einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen
- 30 Thema abweichen,

6. kann bei wiederholter oder schwerwiegender Störung der Tagung nach einmaliger Verwarnung von der Tagung ausschließen,

7. kann nach einmaliger Verwarnung bei grenzüberschreitendem und/oder diskriminierendem Verhalten in Absprache mit dem Awareness-Team von der Tagung ausschließen.

5 (4) Wortmeldungen sind dem Tagungspräsidium anzuzeigen. Bei Wortmeldungen sind Name und gegebenenfalls delegierende Hochschulgruppe anzugeben. Fristen für die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme werden vom Tagungspräsidium bekannt gegeben.

10 (5) Das Tagungspräsidium entscheidet unter Berücksichtigung des Eingangs der Wortmeldungen und dem Prinzip der doppelquotierten Redelisten über die Reihenfolge der Redner\*innen. Anstelle des Eingangs der Wortmeldungen kann das Tagungspräsidium die Reihenfolge der Redner\*innen durch Los bestimmen. In Generaldebatten achtet das Tagespräsidium zudem nach Möglichkeit auf politische Quotierung.

15 (6) Eine Person ist erstredend, wenn sie sich im bisherigen Tagesordnungspunkt noch nicht gemeldet und gesprochen hat. Sie wird bevorzugt behandelt gegenüber Personen, die innerhalb des Tagesordnungspunktes schon im Zuge einer Wortmeldung gesprochen haben.

(7) Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Redner\*innen ist nicht möglich.

20 (8) Die Redezeit beträgt in der Regel drei Minuten für jede\*n Redner\*in, sofern die der Bundeskongress nichts anderes beschließt.

(9) Der Bundeskongress kann Aussprachen und Antragsdebatten zeitlich begrenzen. Die Tagesleitung kann dem Bundeskongress dazu Vorschläge unterbreiten.

25 (10) Teilnehmer\*innen des Bundeskongresses mit Rederecht können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen persönliche Erklärungen abgeben. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Persönliche Angriffe oder Beleidigungen können kein Teil von Persönlichen Erklärungen sein. Die Redezeit beträgt drei Minuten. Persönliche Erklärungen werden nicht kommentiert.

30 (11) Die Teilnehmer\*innen des Bundeskongresses können bei der Tagungsleitung eine Zwischenfrage an die\*den Redner\*in anmelden, wenn in der Aussprache Unklarheit über einen Verhandlungsgegenstand besteht. Die Zwischenfrage kann erst gestellt werden, nachdem die\*der Redner\*in sie auf Nachfrage der Tagungsleitung zugelassen hat, und muss kurz und präzise formuliert sein.

35 (12) Durch die Protokollkommission ist ein Ergebnisprotokoll anzufertigen. Das Ergebnisprotokoll ist innerhalb von vier Wochen den Delegierten zuzustellen. Die Beschlüsse des Bundeskongresses sind innerhalb von vier Wochen in geeigneter Weise zu veröffentlichen.

### **§ 3 Allgemeine Regeln zur Beschlussfassung**

(1) Der Bundeskongress ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der angemeldeten Delegierten anwesend ist.

(2) Stimmrecht haben die angemeldeten Delegierten.

5 (3) Beschlüsse des Bundeskongresses werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen (im Weiteren nur Mehrheit genannt) gefasst, sofern diese Geschäftsordnung oder die Satzung des Studierendenverbandes Die Linke.SDS nicht anderes vorschreibt. Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Beschlüsse über die Satzung von Die Linke.SDS werden mit zwei Drittel der abgegebenen Stimmen gefasst.

10 (4) Abstimmungen erfolgen grundsätzlich offen und durch Erheben der Stimmkarten. Das Tagungspräsidium kann zur Auszählung der Stimmen Zähler\*innen einsetzen. Auf Antrag von ¼ der Delegierten ist eine Beschlussfassung geheim durchzuführen.

#### **§ 4 Antragsberatung**

15 (1) Antragsberechtigt sind alle Mitglieder von Die Linke.SDS, alle Mitglieder einer Hochschulgruppe von Die Linke.SDS, alle Mitglieder einer assoziierten Hochschulgruppe von Die Linke.SDS sowie alle Gremien, Hochschulgruppen, Landesverbände und bundesweiten Arbeitsgemeinschaften von Die Linke.SDS.

20 (2) Anträge sind elektronisch bei der Antragskommission einzureichen. Antragsschluss ist für satzungsändernde Anträge der 24.10.2025 um 23.59 Uhr und für sonstige Anträge der 30.11.2025 um 23.59 Uhr.

(3) Nach Antragsschluss können nur noch Dringlichkeitsanträge gestellt werden. Die Dringlichkeit muss von zehn Prozent der angemeldeten Delegierten dem Präsidium aufgezeigt werden. Über ihre Behandlung entscheidet der Kongress.

25 (4) Fristgemäß eingereichte Anträge sind von dem Bundeskongress zu behandeln oder zu überweisen.

30 (5) Änderungsanträge betreffen die Änderung eingereichter Anträge und sind elektronisch bei der Antragsberatungskommission einzureichen. Für Änderungsanträge kann vom Bundeskongress auf Vorschlag der Antragsberatungskommission ein Antragsschluss beschlossen werden. Änderungsanträge, die während der Aussprache auf dem Bundeskongress im Konsens zwischen den ursprünglichen Antragssteller\*innen und den Antragssteller\*innen eines Änderungsantrages entstehen, sind von dieser Frist ausgenommen. Die\*Der Antragsteller\*in kann Änderungsanträge übernehmen, sofern kein\*e Delegierte\*r Widerspruch anzeigt.

(6) Die\*Der Antragsteller\*in hat das Recht, Anträge vor dem Bundeskongress zu begründen.

(7) Anträge und Änderungsanträge sind dem Bundeskongress durch die Antragsberatungskommission in geeigneter Reihenfolge zur Abstimmung zu stellen oder zur Überweisung vorzuschlagen.

5 (8) Die Abstimmung wird durch die Tagungsleitung geleitet, wobei zunächst die Stimmen „für“ den Antrag, dann „gegen“ den Antrag und abschließend die Stimmenthaltungen abzufragen sind.

10 (9) Anträge zur Geschäftsordnung dürfen sich ausschließlich mit dem Ablauf des Kongresses befassen und werden außerhalb der Liste der Redner\*innen sofort behandelt, soweit nicht gerade eine Abstimmung läuft. Vor ihrer Abstimmung erhalten je ein\*e Delegierte\*r zunächst für und dann gegen den Antrag das Wort. Die Antragseinbringung zählt als Fürrede. Antragsberechtigt zur Geschäftsordnung sind alle Personen mit Rederecht nach § 2 Abs. 2 dieser Geschäftsordnung.

15 (10) Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach Bekanntwerden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines Bekanntwerdens zu stellen. Hierüber ist nach Für- und Gegenrede sofort abzustimmen. Die Antragseinbringung zählt als Fürrede.

20 (11) Der Antrag auf Beendigung der Debatte kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagesordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht zur Antragstellung haben nur antragsberechtigte Personen, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht in der Sache gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Redner\*innen zu verlesen.

(12) Abweichungen von dieser Geschäftsordnung sind nur zulässig, wenn keine stimmberechtigte\*r Teilnehmer\*in dagegen Widerspruch erhebt.

## **§ 5 Wahlen und Kandidaturen**

25 (1) Im Tagesordnungspunkt zu Wahlen gelten ergänzend zu § 2 folgende Verfahrensrichtlinien.

(2) Nach jeder Vorstellung der Kandidierenden werden vom Tagungspräsidium Rückfragen zugelassen.

30 (3) Jede\*r Kandidat\*in hat nach Beendigung der Vorstellungen und der Fragen aller Kandidierenden Zeit die ihr\*ihm gestellten Fragen zu beantworten. Die Kandidat\*In beantworten die Fragen in umgekehrter Reihenfolge ihrer vorherigen Vorstellung.

(4) Ist die Zahl der Bewerber\*innen in einem Wahlgang größer als die Zahl der zu besetzenden Plätze, entfällt die Möglichkeit von Nein-Stimmen.

## Inhaltliche Anträge

### A1 Leitantrag des Bundesvorstandes zum 37. Bundeskongress

*Die Zukunft gehört uns: Mit sozialistischer Organisation aus der Krise*

#### 5 **What's Going On?**

Mit dem Blick zurück auf das letzte halbe Jahr seit unserem Bundeskongress im Juni müssen wir feststellen, dass sich unsere Analysen auf beunruhigende Weise bestätigen. Die multiplen Krisen des westlichen Kapitalismus zwingen die Herrschenden zum autoritären Staatsumbau, um die bestehende Ordnung weiter zu erhalten beziehungsweise ihre Stellung auf globaler Ebene zu sichern. Das bedeutet spaltende Sparmaßnahmen im Sozialen und gleichzeitige Aufrüstung für zukünftige imperialistische Vorhaben von NATO, EU und BRD.

Diese proben sie gerade in Gaza: Israel setzt seine Landnahme fort, nachdem alle israelischen Geiseln wieder freigelassen wurden. Bombardements in Gaza, Attacken von Siedler\*innen im Westjordanland und die Blockierung von Hilfsgütern stehen weiterhin auf der Tagesordnung. Dabei wird die Apartheid durch die Einführung der Todesstrafe für antiisraelische Morde vertieft. Die USA demonstrieren, wie sie sich internationale Konfliktlösung vorstellt: So soll der Wiederaufbau Palästinas nicht unter die Aufsicht der UN gestellt werden, sondern unter die der USA, ausgeführt durch niemand Geringeren als den Kriegsverbrecher Tony Blair.

Begleitet wird diese Politik durch nationalistisch-neoliberale Propaganda, die von Konkurrenz zwischen den Arbeiter\*innen innerhalb und zwischen den Staaten spricht. Der Autoritäre Umbau schreitet bedrohlich voran und trifft mittlerweile nicht nur die Stimmen, welche sich gegen die deutsche Staatsräson stellen, sondern auch jene, die Widerstand gegen die Militarisierung unserer Gesellschaft leisten. Dies zeigt sich beispielhaft am repressiven und brutalen Vorgehen der Polizei gegen das Rheinmetall Entwaffnen Camp in Köln oder die Demo gegen eine Munitionsfabrik in Berlin, bei der sogar ein parlamentarischer Beobachter festgenommen wurde. Es findet aktuell genau das statt, wovor wir seit Jahren warnen, die Ausweitung staatlicher Repressionen gegen die Palästinasolidarität auf alle linken Akteure. Dies zeigt sich besonders deutlich an den Universitäten, wo zum Frontalangriff auf jeglichen studentischen Protest angesetzt wird. So wurde an der FU jüngst jegliches Plakatieren für politische Veranstaltungen verboten und eine Studis gegen Rechts Aktionskonferenz wenige Stunden vor Veranstaltungsbeginn auf Druck der AfD abgesagt. Im Namen der Staatsräson wurden in Bremen Vorträge von Iris Hefets und Helga Baumgarten verboten. Aus dem Landtag heraus wird die Unabhängigkeit der Verfassten Studierendenschaft angegriffen, weil er sich mit Tauschaktionen gegen Bezahlkarten solidarisiert.

#### **Per verordneter Armut in den Krieg**



Der von der herrschenden Klasse angekündigte »Herbst der Reformen« ist in vollem Gange. Das zeigt sich auch an den Hochschulen: Vielerorts werden die Grundfinanzierung und die Zuschüsse für das Studierendenwerk aktuell massiv gekürzt. Nach der letzten Semesterbeitragerhöhung wird das Deutschlandsemesterticket ab dem Wintersemester 2026/27 wieder um 18€ teurer. Angeblich ist das notwendig, während die studentische Armut sich gerade auf einem Höchststand befindet: Studierende sind überdurchschnittlich armutsgefährdet, rund 37% von ihnen. Bei denjenigen mit eigener Haushaltsführung sind es sogar 77%. Diese Entwicklung sorgt dafür, dass 63% einen Nebenjob nachgehen müssen und dadurch Nachteile im Studium erfahren.

Die Unterfinanzierung von Bildung und Wissenschaft ist nicht neu, aber gewinnt gerade rasant an Qualität. Mit den neuen Kürzungen wird die Abhängigkeit von Drittmitteln und »Exzellenz«geldern verstärkt und damit auch die Militarisierung und politische Disziplinierung der Wissenschaft vorangetrieben. In der neuen »Hightech-Agenda« ist definiert, wohin die Bundesregierung, größter Drittmittelgeber, die Forschung lenken will: Künstliche Intelligenz, Mikroelektronik sowie Luft- und Raumfahrt. Es soll gezielt Geld aus dem Militäretat dahin gelenkt werden, wofür die Zivilklauseln beseitigt werden sollen. Auch Studierende sollen zum Gehorsam statt zur Selbstentwicklung verführt werden: Jede\*r neunte Student\*in erhält maximal 992 € BAföG, jede\*r Wehrdienstleistende hingegen 2.300 €. Die Menschenwürde gilt anscheinend nur, wenn man für sein Vaterland töten möchte.

Das Bestreben der Hochschulleitungen und der herrschenden Politiker\*innen den Campus möglichst stark zu entpolitisieren ist aufs Engste mit dem Anspruch verknüpft, die Hochschulen den Erfordernissen der Kapitalakkumulation zu unterwerfen. Der Campus erscheint heute immer stärker als reine Lernfabrik und Human-Ressource-Agentur. Wo Studierende einst den Raum prägten, herrscht mittlerweile administrative Sterilität. Während linke Gruppen immer häufiger von privaten Security-Unternehmen wie WeWatch vom Campus vertrieben werden, hofieren Unileitungen Amazon, Werbeagenturen und die Bundeswehr, die mit Ständen vor den Mensen präsent sind. Die Folge ist eine Entfremdung vieler Studierender von ihrem Lebensmittelpunkt, der häufig nicht mehr als gestaltbarer Raum wahrgenommen wird.

Doch das ist kein Automatismus. Überall stellen sich Studierende dieser Ökonomisierung und Versicherheitlichung entgegen. Nach den Jahren der Pandemie, die für die politische Kultur am Campus einen tiefgreifenden Einbruch bedeutet hat, gewinnt die studentische Selbstorganisation heute wieder an Bedeutung. Wir erleben mindestens seit letztem Jahr einen deutlich spürbaren Aufschwung studentisch geprägter Kämpfe. Ab 2024 sorgten vor allem palästinasolidarische Proteste und die Bewegung rund um Studis gegen Rechts für politischen Schwung an den Unis. Anfang dieses Jahres folgte die enorme Dynamik und Mitgliederexplosion rund um die Linkspartei. Dieser Aufschwung ist auch an unserer Organisation nicht vorbeigegangen. Wir haben seit Beginn des Jahres 18 neue (aktive) Ortsgruppen und einen Zuwachs formaler Mitglieder um 36%. In diesem Wintersemester waren die offenen

Treffen unserer Ortsgruppen außergewöhnlich gut besucht. Es sind aber nicht einfach nur *mehr* Studierende, die heute aktiv werden und beginnen sich für den SDS zu interessieren. Daneben scheint auch auf der Bewusstseinssebene eine deutliche Linksentwicklung stattgefunden zu haben – insbesondere was Fragen rund um Palästina angeht. Vier Aspekte haben aus unserer Sicht zu dieser Entwicklung beigetragen:

**1. Der Genozid in Gaza und die deutsche Komplizenschaft bedeuten einen Vietnam-Moment für unsere Generation.** Seit 2023 vollzieht sich ein radikales Auseinanderklaffen zwischen dem Tunnelblick der deutschen Staatsräson und der globalen Brille der Generation Z, die den Genozid vor allem über internationale Kanäle auf Instagram und TikTok mitverfolgt hat. Dieses Auseinanderklaffen der Wahrnehmungen und Narrative hat zu einer Entfremdung der Generation Z von der herrschenden Politik geführt.

**2. Das Ende der linksliberalen Illusionen:** Die Gefahr des Faschismus ist aktuell die am breitesten geteilte Sorge Studierender in Deutschland. Nach der Rechtsentwicklung der Ampel ist für viele das Vertrauen darin erschüttert worden, dass diese Akteure eine progressive Antwort auf die Krisen unserer Zeit geben und den Aufstieg der Faschist\*innen aufhalten können. Außerdem verfestigt sich die Einsicht, dass der Aufstieg der extremen Rechten keine vorübergehende Episode ist, sondern strukturelle Ursachen haben muss, da sich die Rechtsentwicklung überall im imperialen Kern seit über 10 Jahren fast ungebrochen vollzieht. Das Versagen von SPD und Grünen hat die Bedingungen für den Aufstieg der Linkspartei bereitet und setzt die linksliberalen Teile unserer Generation dahingehend unter Druck, sich mit weiter links stehenden Kräften zusammenzutun.

**3. Jugend ohne Zukunft:** Unsere Generation hat mit gutem Grund das Gefühl, einer lebenswerten Zukunft beraubt worden zu sein. Die Klimakatastrophe ist kaum mehr aufzuhalten. Die öffentliche Daseinsvorsorge (inklusive Bildung und Forschung) erodiert zunehmend in ihren zivilen Dimensionen, während ihr militärischer Anteil rapide ausgebaut wird. Kurz um: Jung sein in den 2020er Jahren heißt Aufwachsen mit der omnipräsenten Bedrohung eines großen Krieges und der Gewissheit, dass es uns einmal schlechter gehen wird als unseren Eltern, wenn sich nichts grundlegend ändert!

**4. Bewusstseinsprünge in der Aktion:** Viele tausend bis zehntausend Studierende waren in den letzten zwei Jahren in Essen und Riesa, um die AfD zu blockieren; besetzten Hörsäle, errichteten Camps, fluteten die Straße um den Genozid in Gaza und die deutsche Komplizenschaft zu beenden – zuletzt waren über 100.000 auf der All eyes on Gaza Kundgebung in Berlin! Tausende sind der Linkspartei beigetreten und waren mit uns an den Haustüren, um die Anliegen der Klasse ins Zentrum der Politik zu rücken – und wir haben erste gemeinsame Siege errungen! Diese Erfahrungen in der konkreten Aktion, die teilweise maßgeblich aus dem SDS vorangetrieben wurden,

haben einen Unterschied gemacht und bereits heute zur Linksentwicklung unserer Generation beigetragen. Gleichzeitig muss klar sein, dass eine Teilnahme an Aktionen nicht zwingend zur Entwicklung sozialistischer Analysen führt. Teil unserer Praxis muss daher sein, vor- und nachbereitend jede Aktion, an der wir teilnehmen, politisch einzuordnen, solidarische Kritik zu äußern und einen Anschlusspunkt für sozialistische Bildung zu bieten.

Die Herrschenden haben zu Recht Angst davor, eine ganze Generation zu verlieren. Ein relevanter Teil dieser Generation sammelt sich an den deutschen Hochschulen und Universitäten und hier wird sich mitentscheiden, wem die Zukunft gehört: Dem Kapital? Den Faschist\*innen? Oder uns und unserer Klasse? Weil die Herrschenden um die Relevanz der Hochschulen wissen, haben sie mit einem frontalen Angriff begonnen und beantworten unser Aufbegehren mit zunehmendem Autoritarismus. Unsere Generation ist bereit, den Kampf aufzunehmen – das haben wir in den letzten zwei Jahren auf beeindruckende Weise gesehen.

### **Die Sackgasse der Hyperpolitik mit sozialistischer Organisation aufbrechen!**

Die politische Lage heute ist dramatisch und wir alle bekommen tagtäglich über die Sozialen Medien hautnah davon mit. Viele junge Menschen empören sich, spüren die Ungerechtigkeit, sind wütend. Aber was fehlt, ist eine langfristige Vorstellung davon, wie echte Machtverschiebung gelingen kann. Es besteht die Gefahr, dass sich die Opposition gegen die herrschende Politik in moralischer Entrüstung erschöpft und schließlich in Defätismus kippt. Wir stehen heute als SDS insofern vor einer historischen Aufgabe: Die oben beschriebenen Eruptionen bergen das Potential, eine Generation für den Traum des Sozialismus zu gewinnen und dieses System ins Wanken zu bringen. Dies wird aber nicht ohne organisierten Machtaufbau im großen Stil möglich sein. Wir müssen ernsthaft diskutieren, wie wir es schaffen, in den entscheidenden Kämpfen unserer Zeit einen substanziellen Unterschied zu machen und den SDS dabei von einem Verband mit knapp 1000 Mitgliedern zu einer schlagkräftigen Organisation mit mehreren tausend bis zehntausend Aktiven zu entwickeln!

### **Unsere Vorhaben für den Verbandsaufbau**

Ein erster entscheidender Schritt dafür ist der systematische Aufbau des SDS. Das geschieht in unserem Alltag an den Hochschulen, in unseren Strukturen, unserer Praxis und unserer politischen Ausrichtung. Die steigenden Mitgliederzahlen und die zunehmenden Aktionen an den Unis zeigen, dass immer mehr Studierende sich langfristig organisieren wollen. Wir müssen diese Dynamiken am Campus aufgreifen, eine Anlaufstelle für diese Kommiliton\*innen sein und die Notwendigkeit von Organisation an den Unis auch bei denen stark machen, die noch in Vereinzelung studieren.

**1. Unsere Hochschulgruppen als zentrale Organisationsorte unserer Kommiliton\*innen ausbauen:**

Die Arbeit in unseren Gruppen ist Dreh- und Angelpunkt unserer Tätigkeit und theoretischer Weiterbildung. Sie sollen zentraler Anlaufpunkt für alle sozialistischen und sozialistisch interessierten Kommiliton\*innen am Campus sein. Um eine klassenkämpferische Praxis an den Hochschulen umzusetzen, ist ein marxistisches Theoriefundament und die Auseinandersetzung mit dem Kampf um die Hochschulen essentiell. Kontinuierliche Bildungsarbeit, z. B. durch selbstorganisierte Ringvorlesungen, Workshops, Vorträge und Lesekreise ist dabei Grundlage unserer Arbeit. Bundesarbeitskreise, Landesverbandstreffen, gemeinsame Wochenenden, Kongresse und die Verbandszeitung sind wichtige Elemente, um uns ortsgruppenübergreifend weiterzubilden.

**2. Der Jugendkongress als Diskussions- und Strategieort:**

Der Jugendkongress ist ein Schritt in diese Richtung. Wir wollen mit jungen Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet zusammenkommen, gemeinsam erarbeiten woher die Krisen unserer Zeit kommen und wie wir als Sozialist\*innen diese Welt verändern können. Wir wollen darüber sprechen, wie wir Wut und Empörung in den Aufbau von echter Gegenmacht übersetzen. Der Kongress ist eine Möglichkeit, sozialistische Theorie und Praxis an eine Breite der Studierendenschaft heranzutragen.

**3. Die Teamer\*innenschulung als unser Ausbildungsort:**

Damit das klappen kann, braucht es aus unserer Sicht neben der quantitativen Entwicklung auch eine qualitative Weiterentwicklung unseres Verbandes. Im Vorfeld des Jugendkongresses wollen wir mit der Teamer\*innenschulung als Train-the-Trainers Angebot 50 Genoss\*innen darin ausbilden, die Teilnehmer\*innen des Kongresses eng zu begleiten und zu befähigen, sozialistische Politik an den Hochschulen zu machen.

Der Kongress kann außerdem dazu beitragen, den SDS als schlagkräftigen Akteur sichtbar zu machen. Besonders für die zahlreichen Neueintritte in die Linke sollten wir ein überzeugendes Organisationsangebot darstellen. Dafür brauchen wir sowohl eine Ausbildung in marxistischer Theorie als auch Wissen darüber, wie wir unsere Ortsgruppen und unseren Verband, und letztlich uns alle, gegenseitig aufbauen. Wenn wir als Verband weiter wachsen, darf das vorhandene Wissen nicht bei einigen wenigen verbleiben. Unser Wissen weiterzugeben, neue Genoss\*innen auszubilden, zu beraten und zu unterstützen, müssen wir ernst nehmen!

**4. Entwicklungen in der Gruppenbetreuung:**

Als Bundesvorstand sehen wir daher besonders die Notwendigkeit, den Austausch zwischen Ortsgruppen und Bundesebene zu vertiefen. In den letzten Monaten wurde hierfür das Gruppen- und Kampagnenteam (GruKa-Team) aufgebaut. Gemeinsam mit unserer GruKa-Stelle und weiteren Genoss\*innen unterstützen wir sowohl neue als auch länger bestehende Ortsgruppen. Wir geben Wissen zum Semesterstart weiter, unterstützen bei der Planung

von Offenen-Plena, beraten zum Thema Gruppenaufbau und Strukturen und vieles mehr. Einige Bundesvorstandsmitglieder haben neue Gruppen besucht und halten den Kontakt, um Fragen zu beantworten und den Gruppenaufbau aktiv zu begleiten.

Als weiteren Baustein im Aufbau unseres Verbandes sehen wir bundesweite Projekte. Solche Aktivitäten haben in den letzten Monaten zugenommen: Bundesarbeitskreise zu den Themen Antimilitarismus und Anti-Wehrpflicht, Kampf gegen Rechts, Hochschulpolitik und Soziales sowie Palästina arbeiten kontinuierlich. Diese positive Entwicklung müssen wir beibehalten. Dennoch sehen wir den Bedarf, diese gemeinsame Praxis auszubauen. Wir ermutigen alle Genoss\*innen, sich an der Arbeit in den BAKs zu beteiligen und darüber hinaus Neues auszuprobieren.

**5. Die Verbandswochenenden als Planungsorte:** Die Verbandswochenenden sollten wir als Orte verstehen, an denen wir gemeinsame Projekte entwickeln können. Bei unserer Delegation zur ManiFiesta in Belgien im September 2025 konnten wir uns mit Vertreter\*innen der Studierendenorganisation der Partei der Arbeit Belgiens, der COMAC, austauschen. Die COMAC nutzt ihre Verbandswochenenden primär, um kommende Projekte und Kampagnen zu planen. Hieran wollen wir uns orientieren. Neben Vorträgen und Workshops, die für die Weiterbildung im Verband natürlich wichtig sind, sollten wir die Momente, in denen wir als Bundesverband in Präsenz zusammenkommen, auch für die Entwicklung starker bundesweiter Kampagnen und Aktionen nutzen.

### **Mit dem SDS die Zukunft zurückholen!**

Die Geschichte steht an einem Scheideweg: Das Zeitalter der Globalisierung ist vorbei und eine neue Ära beginnt, in der es um keine geringeren Fragen als die von Leben und Tod geht. Wenn das Kapital weiterhin die Kontrolle über die Politik und Wirtschaft behält, werden sie uns alle in den Untergang stürzen. Das geht nur, wenn wir sie lassen und als Soldat\*innen in ihre Kriege ziehen und als Arbeiter\*innen in ihren Betrieben arbeiten. Doch das hat nichts mit unseren Interessen zu tun. Wir wollen eine Welt, in der die Bedürfnisse und Fähigkeiten der Menschen im Vordergrund stehen. Das geht nur gemeinsam! Und dafür braucht es organisierte Studis in einem SDS als schlagkräftige Massenorganisation. Lasst uns diesen SDS aufbauen und gemeinsam eine sozialistische Zukunft erkämpfen!

# Universität

## A10 Akademischer Boykott Jetzt!

Bereits auf dem 36. Bundeskongress haben wir als Verband beschlossen, bundesweit akademische Boykott-Kampagnen aufzubauen, um die Verstrickung deutscher akademischer Institutionen in Besatzung, Apartheid und Genzoid zu beenden, um das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser\*innen umzusetzen. Für eine detaillierte Ausführung unserer Analysen und Forderungen verweisen wir auf „A11 Palästina-Antrag“ im Beschlussheft des 36. Bundeskongresses, zu dem wir weiterhin stehen, aber um einen weiteren Aspekt ergänzen möchten:

- 5
- 10 Um der Authentizität und Integrität unserer Arbeit mehr Gewicht zu verleihen, möge beschlossen werden, dass man in Zukunft davon absieht, kolonialen und eurozentristischen Sprachgebrauch in öffentlichen wie internen Kontexten zu verwenden, welcher auf der Prämisse beruht, dass Europa das Zentrum der (modernen kapitalistischen) Welt bildet und unsere Perspektive auf die Welt von dort ausgeht. Sprache formt unser Denken, sowie die gesellschaftlichen Umstände unser Denken prägen, weshalb wir als Akademiker\*innen und Sozialist\*innen uns selbst dahingehend weiterbilden sollten und Perspektiven der Unterdrückten beachten müssen, sowie wir es unseren Kommiliton\*innen zumuten sollten, diese Sachverhalte auch zu verstehen und zu übernehmen, um nicht weiterhin koloniale Sprache und Denkmuster zu reproduzieren. (Beispielhaft den eurozentristischen geographischen Begriff „Nahost“ durch eine wertungsfreie Beschreibung wie „Westasien“ oder „SWANA“ bzw. „WANA“ ersetzen)
- 15
- 20

Vom 23. bis 25. Januar 2026 wird das Inter-Bündnis (Internationalistisches Bündnis), von dem auch der SDS Teil ist, eine Konferenz für den Akademischen Boykott abhalten 1. Diese Konferenz ist als spiritueller Nachfolger des rechtswidrig aufgelösten und mit illegalen Einreiseverboten einhergehenden Palästina-Kongress, welcher im April 2024 in Berlin stattfinden sollte, zu verstehen.

25

Die Konferenz ist der zentrale Ort, um uns als palästinasolidarische Akteure deutschlandweit zu vernetzen und auszutauschen, um eine gemeinsame Strategie zur Umsetzung des akademischen Boykotts zu finden. Hierfür wollen wir als Studierende in den Austausch mit Wissenschaftler\*innen und Beschäftigten kommen und von Genoss\*innen aus anderen Ländern lernen, welche bereits erfolgreich für einen akademischen Boykott gekämpft haben.

30

- Die Linke.SDS ruft ihre Mitglieder dazu auf, für die Konferenz zu mobilisieren und an ihr teilzunehmen.
  - Der Bundesvorstand wird damit beauftragt auf bundesweiten Kanälen für die Konferenz zu mobilisieren
  - Unter finanziellem Vorbehalt wird ein Delegationsbudget von bis zu 500 Euro beantragt, um Fahrtkosten zu finanzieren.
- 35

## A12 Frieden will gelernt sein: Zivilklauseln ausbauen!

*“Aber heute, wo Hunderte von Millionen Menschen noch hungern und ungenügend gekleidet sind und ungesund wohnen, heute, wo wir in einem Weltklassenkampf mit dem Kapitalismus stehen, heute, wo die Menschheit noch im Notstand lebt, heute müssen wir präzise gesellschaftliche Maßstäbe an die wissenschaftliche Entwicklung legen, sorgfältig mit unseren geistigen und materiellen Ressourcen umgehen und sie so einsetzen, daß sie in Kopf und Hand der Wissenschaftler zum Nutzen der Menschheit in dieser Generation dienen, das Wohl der Menschen heute fördern.”*

Jürgen Kuczynski, Der Wissenschaftler in der kapitalistischen Gesellschaft, 1974

- 10 Die Frage um die gesellschaftliche Funktion der Wissenschaft in den kapitalistischen Zentren spitzt sich immer weiter zu. Während hunderte Millionen Menschen weiterhin auf dieser Welt hungern, der Klimawandel zunehmend die Lebensbedingungen von Milliarden Menschen einschränkt und die globale absolute Armut nach mehreren Jahrzehnten Fortschritts wieder droht zuzunehmen, werden Entwicklungsausgaben gekürzt, in präzedenzloser
- 15 Weise und mit den NATO-Staaten an der Spitze weltweit aufgerüstet sowie die historisch erkämpften Maßstäbe der Zivilität und Sozialstaatlichkeit versucht zurückzudrehen.

Von herrschender Seite wird sich mit aller Macht bemüht, mit Einschüchterung, Geschichtsklitterung sowie Lug und Trug, das Volk, “den großen Lümmel”, einzuspannen in die kriegerischen Anstrengungen zur Rettung der absteigenden, US-geführten westlichen Hegemonie.

- 20 Damit wächst aber der Widerspruch zwischen dem Freiheitsversprechen des liberalen Kapitalismus einerseits und der forcierten Orientierung der gesamten Gesellschaft auf die Partikularinteressen einiger Weniger andererseits. Partikularinteressen, die immer schriller im Gegensatz zum Interesse derjenigen stehen, die die betreffende Arbeit machen sollen. Dieser Widerspruch tritt auch bezüglich der Wissenschaft immer stärker hervor. So z.B., wenn der
- 25 Wissenschaftsrat die grundgesetzlich verbrieft Wissenschaftsfreiheit reduziert und verdreht auf die Freiheit, für “Vaterland” und Kapital Kriegsforschung zu betreiben, sowie sich im geopolitischen Konkurrenzkampf gegenüber dem “Systemkonkurrenten” China durchzusetzen.

Entscheidend ist dabei: Man ist auf das Mitmachen der Hochschulangehörigen angewiesen.

- 30 Und genau deshalb sind die Zivilklauseln – ganz im Gegenteil zu ihrer Diffamierung als “zahnlose Papiertiger” – den Herrschenden ein riesengroßer Dorn im Auge. Als Ausdruck des historisch gewachsenen Bewusstseins und des Friedenswillen der Hochschulangehörigen wurden an rund 70 Hochschulen in der BRD Zivilklauseln erkämpft. Und dieses Bewusstsein und dieser Friedenswille stehen nun der Kriegsertüchtigung im Wege. Die Reaktion sieht sich
- 35 gezwungen, auf Orwellianische Verdrehungen und Neusprech zu setzen. Nicht umsonst wimmelt es in den Strategie- und Positionspapieren aus Berlin von “Beratungsangeboten”, “Sensibilisierung” und “Selbstregulierung”. Um nicht den letzten Anschein eines

vermeintlichen Friedenswillens durch gesetzliche Zwangsregelungen (im eklatanten Widerspruch zur Wissenschaftsfreiheit) zu verlieren, soll der Krieg zum Frieden umberaten werden.

Die Zivilklauseln sind der institutionelle Ausdruck der Lehren von '45 sowie der entschiedenen Gegnerschaft zur konkurrenzhaften Entmenschlichung der Wissenschaft durch Drittmittelabhängigkeiten, "Exzellenz" und prekären Beschäftigungsverhältnissen. Besser noch: Sie sind die Antithese zur Einrede gegenüber den neunundneunzig Prozent, dass ihre Meinung, ihr Handeln, ihr Denken, egal seien – dass sie nur treibende Stöckchen im Strom der politischen "Alternativlosigkeit" seien.

Weil es ohne sie nicht geht, sind die Hochschulen und alle ihre Angehörigen also als Subjekte vor wesentliche Entscheidungen gestellt: nachhaltige Entwicklung oder Krieg, Völker- oder Faustrecht, sozialer Fortschritt oder Kahlschlag, Kooperation oder Konkurrenz? Dabei kommt jedem und jeder Einzelnen maßgebliche Bedeutung zu: Jedes Nein zur Wissenschaft im Zeichen des Krieges und der Zerstörung ist ein Ja zur Wissenschaft für ein menschenwürdiges Leben weltweit, wie es in der UN-Charta und den Menschenrechten festgeschrieben ist.

Hier setzt die bundesweite Zivilklausel-Bewegung an, dessen wichtiger Bestandteil der SDS ist. Zur Lösung der schweren Entwicklungskrise der globalen Gesellschaft ist es erforderlich, dass viele Menschen humanistisch motiviert wissenschaftlich an der Problemlösung arbeiten. Das gelingt gerade so weit, wie es uns gelingt weltanschauungs-übergreifend und alle Mitgliedergruppen umfassend hervorzubringen, dass die wissenschaftlich Tätigen und die Wissenschaftsinstitutionen in dem Konflikt zivil statt militärisch öffentlich Partei ergreifen.

Dazu wollen wir mit einer neuen Broschüre beitragen. Sie umfasst Beiträge zur **Widersprüchlichen Rolle der Hochschulen in der kapitalistischen Gesellschaft**, zur **Geschichte der Zivilklauseln** in der BRD, ihrer antifaschistischen Begründetheit, ihrer materiellen Wirksamkeit und andererseits der Funktion, die den Hochschulen für eine hoch militariserte Gesellschaft zukommt. In **Zur Aktualität des Konfliktes: Wissenschaft in Zeiten von Militarisation** beleuchten wir für ein vertieftes Verständnis des Konfliktes die globale Entwicklung von ökonomischer und politischer Macht, wachsender Widersprüche, sowie die spezifische Rolle der Bundesrepublik darin. Wir stellen die aktuellen Kämpfe um die zivile Ausrichtung von Hochschulen und Landeshochschulgesetzen vor und legen einen Fokus auf die Einhaltung und Umgehung von Zivilklauseln.

Immer wieder werden die Zivilklauseln mit einer negativen Deutung der Wissenschaftsfreiheit attackiert. Wir diskutieren die Zivilklauseln im Lichte der Wissenschaftsfreiheit im Kapitel **Wissenschaftsfreiheit: Verwirklichung des Grundgesetzes oder Verstoß gegen das Grundgesetz?** Denn nicht ohne Grund taucht sie immer wieder auf: Der liberale Kapitalismus muss sich – seitdem die Erzählung vom angeblichen Ende der Geschichte mit den Krisen der 2000er aufflog – als die freieste aller Gesellschaften legitimieren. Die Beantwortung der Frage hat weitreichende Folgen.



Schließlich wird die **Wirkungsweise von Zivilklauseln im Kampf für zivile Wissenschaft** diskutiert als Vergegenständlichung und Bezugspunkt der Auffassungsbildung in den Hochschulen im Konflikt um die ideologische und kulturelle Hegemonie.

Hinweise auf **Möglichkeiten der Beteiligung** sind im Schlusskapitel zu finden.

- 5 Die Broschüre soll ein Manifest für die freudvolle und engagierte Parteinahme für zivile und zivilisierende Wissenschaft werden. Sie soll zugleich ein verbindendes Moment darstellen zwischen den friedensbewegten Kräften der Bundesrepublik. Daher ist eine gemeinsame Herausgeberschaft und Finanzierung mit Gewerkschaften, Friedensorganisationen und hochschulpolitischen Organisationen angestrebt.
- 10 Der SDS unterstützt die Veröffentlichung der Broschüre durch die **Mitherausgeberschaft** und es wird unter finanziellem Vorbehalt ein Budget für Produktionskosten in Höhe von bis zu 750 Euro beantragt. Die Antragsteller\*innen bemühen sich im Vorfeld um eine Ausfinanzierung der Broschüre durch Spenden.

## A13 Bildung für Alle statt Disziplinierung – Eine andere Uni ist möglich.

In der aktuellen, tiefen Krise kommt es umso mehr darauf an, dass die Hochschulen und ihre Angehörigen mindestens Teil – wenn nicht Initiator – von gesellschaftlicher Bewegung für eine soziale Gesellschaft sind. Dafür müssen wir uns organisieren und qualifizieren, so dass auf allen Ebenen die neoliberale Doktrin angegriffen und überwunden wird. Vor diesem Hintergrund müssen wir unsere Kämpfe an der Hochschule intensivieren und grundlegende Studienreformen in diesem Sinne vorantreiben. Außer den Ketten des Bachelor-Master-Studiums haben wir nichts zu verlieren, aber ganze Universitäten zu gewinnen.

Wir lehnen Maximalstudienzeiten entschieden ab und sehen den Versuch, diese beispielsweise an der Uni Frankfurt zu etablieren, als Angriff auf uns alle. Nachdem sich in Frankfurt das Wirken für Zivilklauseln intensiviert und die Proteste für eine Ausfinanzierung der Uni und BAföG für alle zugespitzt haben, droht das Rektorat im Zuge der Novellierung der Rahmenordnung mit der Einführung einer Maximalstudienzeit in allen Fächern. Kritische Studierende, insbesondere jene im SDS, geraten damit auf die Streichliste und sollen stillgestellt werden. Unsere Antwort ist klar, wir werden alle heutigen und zukünftigen Bemühungen zur Zwangsexmatrikulation abwehren und bestehende Regelungen angreifen. Stattdessen treten wir für eine Studienreform ein, die Bildung und Wissenschaft am Menschenrecht auf Bildung misst sowie die produktiven Potenziale von Wissenschaft auf die Lösung der drängenden Fragen ausrichtet: soziale Gleichheit, friedliches Zusammenleben, ökologische Frage und demokratische Krisenüberwindung.

Maximalstudienzeiten widersprechen nicht nur unserer Lebensrealität, neben dem Studium zur Finanzierung des Lebensunterhaltes arbeiten zu müssen. Sie sind in erster Linie ein Ausdruck der Disziplinierung der entstehenden Studierendenbewegung. Sie sind ein Versuch, die Potentiale der gesellschaftspolitischen Umgestaltungskraft die von Hochschulen ausgehen einzudämmen und in den Dienst einer überkommenen Produktionsweise zu stellen.

Kritik und widerständige Persönlichkeitsentwicklung sollen durch Befehl und Gehorsam ersetzt werden. Diese Ideologie im Hintergrund gilt es zu bekämpfen. In Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es:

*„Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung. [...] Fach- und Berufsschulunterricht müssen allgemein verfügbar gemacht werden, und der Hochschulunterricht muss allen gleichermaßen entsprechend ihren Fähigkeiten offenstehen. Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen Gruppen, unabhängig von Herkunft und Religion, beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein.“*

Ein gehetztes und systemkonformes Studium ohne einen Blick über den Tellerrand hinaus, ohne die Beteiligung an der demokratischen Planung und Selbstverwaltung der Wissensproduktion passiviert und verhindert allgemein den Erkenntnisfortschritt. Eine Maximalstudienzeit ist ein rechter Angriff auf das Grundrecht auf Bildung und kritische Studierende, den wir entschieden zurückweisen.

Der Kampf um die Ausrichtung der Hochschulen ist der Kampf um die Ausrichtung der gesellschaftlichen Entwicklung: Solidarität statt Konkurrenz!

## Frieden

### A4 Zusammen geht mehr – Die Friedensfrage in die Tarifrunden tragen!

5 Der Bundeskongress des SDS unterstützt die Forderungen der Gewerkschaften GEW und ver.di im Rahmen der Tarifrunde der Länder und der Tarifrunde des Landes Hessen. Bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten an Hochschulen und Unikliniken bedeuten bessere Lernbedingungen für uns Studierende.

10 Wir werden die Forderungen unserer Dozierenden, Verwaltungsbeschäftigten und der studentischen Hilfskräfte in Fachschaften, Studierendenparlamenten und Senaten zur Abstimmung stellen und uns für eine größtmögliche statusgruppenübergreifende praktische Unterstützung aller Aktionen der Gewerkschaften engagieren.

15 Dabei wollen wir insbesondere eine Frage aufwerfen und mit den Kommilitonen und Kolleg\*innen diskutieren: Wie beenden wir die milliardenschwere Aufrüstung und Militarisierung und sorgen für eine Wissenschaft, die die soziale, friedliche und nachhaltige Entwicklung der ganzen Menschheit voranbringt?

20 Wir beteiligen uns am bundesweiten Hochschulaktionstag, und den Streikaktionen der Beschäftigten – als Beschäftigte (SHKs) und solidarische Studierende – und bauen gemeinsam Widerstand auf. Dabei wollen wir auf Augenhöhe mit unseren Kolleg\*innen und Kommiliton\*innen diskutieren und den Zusammenhang von Kürzungen, milliardenschwerer Aufrüstung, Militarisierung und Rechtsruck kontinuierlich herausarbeiten. Wir sehen es als unsere Aufgabe, der künstlichen Trennung zwischen Frieden und Sozialem von Anfang an zu widersprechen. Darüber hinaus diskutieren wir, wie wir die Unis aufstellen können als Orte ziviler und nachhaltiger Wissenschaft im Dienste der Menschen.

Rauf mit der Bildung, runter mit der Rüstung!

25

## **A5 Ich war, ich bin, ich werde sein! – Auf zum LL-Wochenende!**

5 “Wenn hingegen die große Mehrheit des werktätigen Volkes zu der Überzeugung gelangt,[...], das Kriege eine barbarische, tief unsittliche, reaktionäre und volksfeindliche Erscheinung sind, dann sind Kriege unmöglich geworden.”

Wir schließen uns als Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband dem Aufruf zur Luxemburg-Liebkecht-Ehrung am 11.01.2026 an:

“Auch wir sagen: »Nie wieder kriegstüchtig! Stehen wir auf für Frieden!«

10 Bereits vor über 100 Jahren stellte Rosa Luxemburg 1899 in »Sozialreform oder Revolution« fest: »Ist aber die Weltpolitik und der Militarismus zweifellos, weil im Zusammenhang mit den ökonomischen Bedürfnissen und Bestrebungen des Kapitalismus, eine aufsteigende Tendenz der heutigen Phase, so muss sich folgerichtig die bürgerliche Demokratie auf absteigender Linie bewegen«. Diese Worte treffen uneingeschränkt für die Gegenwart zu und können sie doch nur beschränkt beschreiben. Heute droht infolge der Militarisierung das atomare

15 Inferno und die »absteigende Linie der bürgerlichen Demokratie« ist untrennbar mit schnell zunehmenden Faschisierungstendenzen verknüpft.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden am 15. Januar 1919 von den Bütteln des Kapitals ermordet, weil sie Kapitalismus und Krieg kompromisslos bekämpften und sich dem Frieden mit all ihrer Kraft verpflichtet fühlten. Wenn wir, Linke unterschiedlicher Strömungen,

20 ihrer auf der Demonstration im Rahmen der Luxemburg-Liebkecht-Ehrung kämpferisch und friedlich gedenken, dann verbindet sich für uns diese Erinnerung untrennbar mit dem heutigen Kampf um den Frieden, damit wir nicht die letzten Menschen sein werden.

Wir demonstrieren gegen den drohenden Dritten Weltkrieg und gegen all die Folgen, die in Vorbereitung einer atomaren Katastrophe heute schon zunehmend unseren Alltag prägen.

25 Nach zwei verlorenen Kriegen erhebt der deutsche Militarismus erneut sein Haupt. Die NATO, zuvörderst die USA, befeuert die neue deutsche Aggressivität. Von Kriegstüchtigkeit ist die Rede und Unsummen werden für Militarisierung und Aufrüstung gebraucht. Die stärkste konventionelle Armee Europas soll die Bundeswehr werden. Und die geplanten Wehrpflichtigen sollen das Kanonenfutter sein. Zugleich wird der Ruf nach deutschen Atomwaffen wieder

30 lauter.

Da wird kaum Geld für Soziales, für Bildung und Kultur, für das Gesundheitswesen, Mobilität und den Schutz der Umwelt bleiben. Soziale Not für immer mehr Menschen und irrsinnige Profite für die Rüstungskonzerne und andere Aufrüstungsgewinnler zerfressen die bürgerliche Gesellschaft und machen den Nazis den Weg für völkische Ideologie und Bewegung

35 immer leichter. Und wie stets muss ein Sündenbock herhalten – die Migranten. Rassismus ist der Kitt des Völkischen. Wenn wir am 11. Januar 2026 zum Friedhof der Sozialisten marschieren, werden Solidarität und Internationalismus unsere Demonstration prägen. Wir sind

solidarisch mit allen Unterdrückten, besonders mit den Menschen in Palästina. Wir stehen an der Seite des sozialistischen Kuba. Wir kämpfen gegen unerträglichen Sozialabbau und die immer weitere Zerstörung unserer Umwelt. Im Mittelpunkt unserer Demonstration wird das Ringen um den Weltfrieden stehen. Wir müssen Zehntausende werden. Bitte mobilisiert vom heutigen Tag an bundesweit für eine Massendemonstration gegen den Krieg.”

Darüber hinaus:

- Setzen wir uns dafür ein, dass die Luxemburg-Liebknecht-Ehrung wie gewohnt an der Gedenkstätte der Sozialisten (Friedrichsfelde-Berlin) stattfinden kann.
- Veröffentlicht der Bundesverband den Aufruf des Bündnisses auf allen Kanälen und ruft zur Teilnahme auf.
- Unterstützt der Bundesverband eine Delegation zum Wochenende der Rosa-Luxemburg-Konferenz/LL-Ehrung finanziell mit einem Budget von bis zu 500€, um Fahrtkosten und ggf. Schlafplätze zu subventionieren.
- Gehen wir aktiv auf die Linksjugend [‘solid] zu und andere Bündnispartner\*innen zu, um uns dem Jugendblock auf der LL-Demonstration anzuschließen und unsere Kämpfe um die Hochschulen zu thematisieren.

## **A9 Internationalismus leben: Palästina-Delegation 2026**

- Im nächsten Jahr eine Delegation von SDS-Genoss\*innen zu sozialistischen Genoss\*innen in Palästina zu entsenden und dies mit 1000 Euro zu unterstützen. Der Bundesvorstand wird damit beauftragt, gemeinsam mit dem BAK Palästina, ein Orgateam zusammenzustellen,
- 5 das bis zum nächsten Bundeskongress ein Konzept für eine Delegation zu sozialistischen Genoss\*innen in Palästina erarbeitet, welches dort zur Abstimmung gestellt wird.

## D1 Selbstbestimmung und Souveränität verwirklichen – Schluss mit der US-Aggression gegen Venezuela!

„¡Los árboles se han de poner en fila para que no pase el gigante de  
las siete leguas!“

5                   „Die Bäume müssen sich in einer Reihe aufstellen, damit der Riese  
der sieben Meilen nicht hindurchkommt!“

José Martí (1853-1895, kubanischer Nationalheld und Dichter), Nue-  
stra America (dt. Unser Amerika), 1891

10   Auf der zweiten Sitzung der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC), die 2014 in Havanna stattfand, wurde Lateinamerika und die Karibik zu einer Region des Friedens erklärt. In ihrer Erklärung bekräftigen die CELAC-Staaten ihr Bekenntnis zur Einhaltung der in der UN-Charta und im Völkerrecht festgelegten Ziele und Grundsätze.

15   In der Erklärung heißt es: "Wir sind uns bewusst, dass Frieden ein höheres Gut und ein berechtigter Wunsch aller Nationen ist und dass seine Erhaltung von grundlegender Bedeutung für die Integration Lateinamerikas und der Karibik sowie ein gemeinsames Prinzip und ein gemeinsamer Wert der CELAC ist"

20   Doch die US-Administration unter Präsident Trump duldet keine eigenständige Entwicklung in ihrem "Hinterhof" und droht Venezuela mit Krieg und Destabilisierung durch Geheimdienstoperationen der CIA. Seit Sommer bombardiert die US-Armee Fischerboote in der Karibik und hat dabei dutzende Menschen ermordet, in den letzten Tagen wurde eine völkerrechtswidrige Flugverbotszone über Venezuela verhängt. Dabei geht es der Regierung  
25   der USA nicht wie behauptet um die Eindämmung des Drogenhandels, sondern um die Rohstoffe des lateinamerikanischen Landes und die politische Vorherrschaft in Lateinamerika. Venezuela besitzt unter anderem die größten Erdölreserven der Welt, eine Ressource, von der die US-Wirtschaft abhängig ist und die das Land für seine Kriegsvorbereitung gegen China benötigt.

30   Die Aggression gegen Venezuela ist kein isoliertes Ereignis. Seit Beginn der Zeitenwende verstärken die USA den militärischen und wirtschaftlichen Druck auf die Region. So haben sie die Militarisierung des Amazonasgebiets und des tropischen Pazifiks vorangetrieben, den Eintritt Panamas in die chinesische Belt and Road Initiative verhindert, eine aggressive  
35   Zollpolitik gegenüber Mexiko und Brasilien betrieben und Sanktionen gegen den venezolanischen Ölkonzern PDVSA verhängt, mit dem Ziel, die Aktivitäten von Chevron in Venezuela zu begünstigen.

40   Die Agenda des US-Imperialismus hat klare Ziele. Sie will die Zusammenarbeit und das Wirtschaftswachstum aller den BRICS-Staaten nahestehenden Nationen in Lateinamerika schwächen und die politisch-ökonomische und militärische Kontrolle über Lateinamerika sichern.



Diese Politik der Vereinigten Staaten hat dabei eine lange historische Kontinuität. Seit dem 20. Jahrhundert kam es in zahlreichen lateinamerikanischen Ländern zu politischen und ökonomischen Interventionen, bis hin zu Unterstützung von Staatsstreichen. Die gegen Venezuela gerichteten Drohgebärden sind daher nicht isoliert zu betrachten. Sie wirken als

5 Signal: Staaten, die sich den Interessen der USA widersetzen, müssen mit Repressionen rechnen – sei es durch einseitige Sanktionen, diplomatische Isolierung oder eben im äußersten Fall durch militärische Gewalt. Vereint ist diese Politik im Versuch, den Gegenbeweis zur Alternativlosigkeit des Kapitalismus auszulöschen, wie ihn beispielsweise Kuba jeden einzelnen Tag erbringt.

10 Ob in Palästina, Venezuela oder der Ukraine, der US-Imperialismus hat nur ein Ziel: mit barbarischen Mitteln den unvermeidlichen Niedergang seiner Hegemonie aufzuhalten. Doch die Zuspitzung zeigt auch die Brüchigkeit der imperialistischen Ordnung:

15 *“Wenn die Hunde [des Imperiums] bellen, [...], dann nur, weil wir reiten. Lasst uns diesen Weg der Revolution weitergehen. Lasst die Hunde des Imperiums bellen. Das ist ihre Aufgabe: zu bellen. Unsere Aufgabe ist es, für die Festigung dieses Jahrhunderts, jetzt, die wahre Befreiung unserer Völker zu kämpfen!”* – Hugo Chávez

20 Die Drohungen gegenüber Venezuela sind Ausdruck der Verzweiflung, der Reaktion. Sie richtet sich gegen das Streben der Weltbevölkerung nach Souveränität, Würde und das Recht auf Entwicklung. Sie richtet sich gegen erhöhte Ansprüche, dass das Völkerrecht den Völkern gehört und dass kriegerrische, konkurrenzhafter internationale Verhältnisse endlich sind. Denn für all dies stehen Venezuela, Kuba und der Anspruch der CELAC.

25 Es liegt bei uns, diese Ansprüche aufzugreifen und hier das weltweite Streben nach Souveränität, durch unseren Kampf für die Verwirklichung des Völkerrechts voranzutreiben. Dabei solidarisieren wir uns mit globalen Bewegungen für unabhängige Entwicklung, frei von Zwang, Unterdrückung, der jetzigen Finanzarchitektur und dem Sanktionsregime.

30 Vor diesem Hintergrund und der aktuellen Eskalation sagen wir:

- Nein zu Sanktionen ja zu kooperativer Entwicklung
- Ja zum Völkerrecht und internationaler Gerichtsbarkeit
- Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen zu verwirklichen ist oberste Priorität und muss Maßstab aller Bildung und Forschung sein
- Der Aufbau von Wissenschaftskooperationen mit den Ländern des Globalen Südens – insbesondere mit den BRICS-Staaten und den BRICS-Staaten nahestehenden Nationen – ist zentral für die Verwirklichung der UN-Nachhaltigkeitsziele und des Rechts auf Entwicklung.

40 Und allen voran:

- Nein zur kriegerrischen Eskalation gegen Venezuela ja zu allen Bemühungen diese von hier aus zu verhindern!

## D3 Nein zur Wehrpflicht, Nein zur NATO – Recht auf Frieden verwirklichen

„Die alte Wehrpflicht hat diesen infamen Krieg mitverschuldet. Der Kadavergehorsam des deutschen Militarismus ist ein Pestherd gewesen: eine bunte, verlogene Sache nach außen – eine schmutzige, rohe und völlig wertlose nach innen. Die Produkte dieser militärischen Erziehung waren schlechte Karikaturen der Lehrer, und da die schon eine Karikatur waren, kann man sich vorstellen, wie das aussah, was da herauskam: Männer, die allen Ernstes glaubten, eine »Meldung«, eine »Dienstvorschrift« stehe über dem Leben und könne eine Welt meistern. Die Niederlage, die Unbeteiligten haben mitbüßen müssen, hat ihnen gezeigt, was es damit auf sich hat. Die alte Wehrpflicht hat das gesamte kulturelle Leben in Deutschland verdorben, und wenn heute die republikanischen Parteien den Mut nicht aufbringen, das zu sagen, so liegt das wohl daran, dass sie es in ihrer großen Masse bis heute noch nicht begriffen haben.“

(Ignaz Wrobel, Die Wehrpflicht, 1924)

Kriege sind unmenschlich und jeder Krieg ist ein Verbrechen gegen die gesamte Menschheit. Seit der antifaschistischen Beendigung des 2. Weltkriegs, steht keine Organisation ansatzweise so sehr für die kriegerische Durchsetzung von Interessen einer Minderheit wie die NATO. Von Korea, Vietnam, Jugoslawien, über Syrien, Irak, geschweige denn aller Interventionen und durchgeführte Putsche, hat sie einen Kreuzzug der Gewalt durchgeführt, im Namen ihrer alleinigen Dominanz.

Trotz aller Rufe nach Vernunft gegen die stetige NATO-Osterweiterung, waren die Absatzmärkte für Waffen der neu-kapitalistischen Staaten der ehemaligen Sowjetunion nach dem Abräumen der real-sozialistischen Staaten nach 1990 eine zu verlockende Verführung. Gleichzeitig kündigte der Westen nach und nach hart erstrittene Abrüstungsverträge mit Russland. Die Demütigung der Wende und des Schock-Kapitalismus waren nicht genug und immer mehr Staaten, zunehmend näher an Russland, wurden in die Konzeption des anti-russischen Bündnisses aufgenommen. Dass das irgendwann zu Krieg führen würde, war von Beginn an bekannt.

Als der völkerrechtswidrige Angriff von Russland dann 2022 kam, wurden alle Bemühungen getan, ihn zu eskalieren und jegliche Verhandlungen zu ersticken (vgl. Verhandlungen in Istanbul im April 2022). Den Preis zahlen die toten Ukrainer\*innen und Russ\*innen der arbeitenden Klasse.

Seitdem erleben wir in der BRD eine Aufrüstung, wie wir sie seit der Befreiung nicht erlebt haben. Ein ausreichend plausibel scheinender Feind, personifiziert durch Putin und “Den Russen”, wird bis aufs letzte ausgewrungen, um Legitimation für die irrationalen, aggressiven Kriegsvorbereitungen zu darzustellen. Eine bereits vor der Invasion militärisch überlegene Europäische Union, wird auf die Zähne bewaffnet, um Russland und dazu noch den Rest der nun aufbegehrenden Welt, kriegerisch in die Knie zwingen zu können.

Die Rüstungsindustrie wird wohl kaum noch hinterherkommen mit Feierlichkeiten mit immer steigenden Profiten. Alleiniges Geld reicht jedoch nicht aus für die

Kriegsvorbereitungen, denn die Herrschenden sind dabei immer noch auf die Bevölkerung angewiesen. Trotz aller Bemühungen, gibt es doch nicht die dringend notwendige Kriegslust. Laut der Studie „Jugend in Deutschland“ sind nur 14 Prozent der Schüler:innen zwischen 14 und 18 Jahren für die Einführung eines verpflichtenden Wehrdienstes; freiwillig  
5 melden würden sich nur 2%. Der Staat versucht die fehlende Kriegslust durch Anreize zu kompensieren, die vor allem auf die ökonomische Situation vieler junger Menschen abzielen: eine vergleichsweise attraktive Bezahlung im Dienst wird gezielt eingesetzt, um materielle Nöte zu lindern. Mit diesem klassistischen Mechanismus werden vor allem Kinder aus armen und prekären Verhältnissen durch finanzielle Verlockungen in militärische Strukturen  
10 gezogen, während sie andernfalls kaum eine Perspektive auf gute Bezahlung haben.

Ein hungriger Bauch und eine kalte Wohnung machen dem Rest der Gesellschaft dennoch wenig Geschmack auf weitere Aufrüstung und schon gar nicht den offenen Krieg. Wir lehnen dieses Ausspielen der Not für die militärischen Interessen der Herrschenden ab.  
15

### **Zurück ins Kaiserreich**

Am 05.12. beschloss der Deutsche Bundestag als Reaktion auf das Bellen der Rüstungslobby, das Gesetz für die Modernisierung des Wehrdienstes.  
20

Zentraler Gehalt des Gesetzes ist die verpflichtende Musterung, die alle jungen Männer ab dem Jahrgang 2008 verpflichtet einen Fragebogen auszufüllen, Frauen gilt hierbei die Freiwilligkeit. Dies geht anschließend einher mit einer Untersuchung, die „grundsätzliche Wehrdienstfähigkeit“ überprüfen soll. Vorerst gibt es daraufhin keinen verpflichtenden Dienst,  
25 werden die angestrebten Zielzahlen jedoch nicht erfüllt, kann der Bundestag eine Verpflichtung einführen.

Das Gesetz ist an allererster Stelle der Versuch, Befehl und Gehorsam über die Entfaltung einer jeden einzelnen Persönlichkeit zu stellen. Sie ist der Versuch, Gewaltablehnung, die Achtung aller Menschen und Lebensfreude aus den Köpfen und der Tat zu verjagen. Sie ist  
30 der Versuch, die längst überfällige Verwirklichung der Lehren aus zwei Weltkriegen zu zerstören.

Mit dem Musterungsbogen konfrontiert, stellt sich jedem die fundamentale Frage, ob man  
35 den Frieden befürwortet oder doch beim Krieg mitmacht.

Unsere Aufgabe ist also, genau diesen Widerspruch positiv zu beantworten und aus jedem noch so individuellen Anliegen nicht zur Waffe zu müssen, eine brennende Befürwortung  
40 des Friedens und des Lebens hervorzubringen.

Es kann nur eine menschenwürdige Zukunft geben für diese Welt, die auf internationaler Kooperation, gegenseitigem Verständnis und internationalem Recht gebaut ist. Kriege sind  
45 der ewige Versuch, diese zu verhindern und die Zeit ist reif, sie hinter uns zu lassen. Die zentralen Menschheits Herausforderungen drängen und für ein freudvolles Angehen dieser kommt es auf uns an:

### **Nein zur Wehrpflicht heißt Ja zum Frieden**

Wir arbeiten als SDS weiter im Bündnis Nein zur Wehrpflicht überall mit und führen die Aktivitäten verschiedener Bündnisse zusammen. Hierbei kommt es vor allem darauf an, die oben beschriebene Befürwortung des Friedens und der sinnvollen, zivilen Alternative zu entfalten und mit der Bedrohungslüge zu brechen.

- 5 Mit organisierten, öffentlichen Kriegsverweigerungen, die kategorisch Krieg und Militarismus ablehnen, schaffen wir ein praktisches Nein zur Wehrpflicht.

### **Ja zum Frieden heißt Nein zur NATO**

- 10 Entgegen zunehmend kriegerischer Verhältnisse, ist der Austritt der BRD aus der NATO und ihre Auflösung dringend zu realisieren. Zentrale Auseinandersetzung hierbei wird vorerst der Programmprozess der Linkspartei sein. Hierbei wird der SDS überall vehement genau hierfür, sowie für die Abschaffung der Bundeswehr, streiten. Zusätzlich ist die Ablehnung jeglicher Waffenlieferungen und unilateraler Sanktionen eine weiterhin drängende  
15 Aufgabe.

- Anstatt der von den Herrschenden inszenierten militärischen Logik der Konkurrenz und der (Re-)Produktion von Feindbildern zu folgen, liegt es an uns, an den Hochschulen für eine humane Entwicklung innerhalb der Gesellschaft zu wirken. Um diesen Anspruch geltend  
20 zu machen, sorgen wir für fortwährende und friedensorientierte wissenschaftliche Kooperationen auf globaler Ebene, zur Entwicklung ziviler Konfliktlösungen.

- Gemeinsam kämpfen wir mit den Menschen aus dem globalen Süden, die die imperialistische Logik des Westens in Frage stellen und nach Unabhängigkeit streben. Gegen die  
25 NATO zu kämpfen bedeutet, für eine friedliche und solidarische Gesellschaft einzustehen.

- Gegen die Wehrpflicht zu kämpfen heißt, sich der internationalen Bedeutung bewusst zu sein, dass eine humane Veränderung im imperialistischen Zentrum Kriege verunmöglicht und zur gleichberechtigten Entwicklung eines jeden beiträgt.  
30

### **Ja zum Leben heißt Ja zur Zivilklausel**

- Der SDS setzt sich konsequent für die Verwirklichung von Zivilklauseln als wissenschaftliche Kriegsdienstverweigerung, um die Befürwortung des gemeinsamen Kampfes für  
35 grundlegend gewaltbefreite Verhältnisse ein. In diesem positiven, humanistischen Anspruch liegt die einzige Berechtigung und Notwendigkeit von Bildung. Diese erstreiten wir in und gemeinsam mit den Gewerkschaften, besonders der GEW, und gemeinsam mit den friedenskämpferischen Schüler\*innen (insbesondere) aus der Linksjugend [‘solid]. Ein Ja zum Leben heißt auszubrechen aus dem deprimierenden Studium, um herauszubilden, wie  
40 wir jetzt und zukünftig die Friedensperspektive hervorbringen und Lernen zu verändern:

- Statt einer bürgerlichen **Pädagogik**, die den Anspruch emanzipierter Persönlichkeiten verklärt und gesellschaftliche Probleme zur Eigenschaft des Individuums macht, soll die „Erziehung [...] die Fähigkeit zur kritischen Reflexion fördern, die den Menschen die Macht verleiht, ihre Welt zu verändern“ (Paulo Freire). Lehramtsstudierende sollen durch die Verankerung der Friedenspädagogik herausbilden, wie friedlose Verhältnisse und ihre Ursachen erkannt und analysiert werden können, um solidarisches Denken und Handeln zur Überwindung der friedlosen Verhältnisse zu etablieren.  
45

Die **Politikwissenschaften** sollen den unwissenschaftlichen und apathischen Diskurs, welcher alleinig der Aufrüstung dient, durchbrechen und zur demokratischen Ausweitung und Verallgemeinerung der Wissenschaft und ihrer emanzipatorischen Erkenntnisse beitragen.

5

Statt einer **Medizin**, die darauf ausgerichtet ist zu triagieren (um dem Militär oder der Wirtschaft "nützliche" Menschen schnell wieder fit zu machen) braucht es die Ausrichtung der Medizin auf die Salutogenese, um eine Gesellschaft und ein Gesundheitssystem zu erwirken, die kulturell, sinnhaftig, verstehbar und gestaltbar zur Gesundung aller beiträgt.

10

Die **Geisteswissenschaften** sollen interdisziplinär arbeiten, um ihre Erkenntnisse in andere Fachbereiche hinzutragen und ein kritisches Denken über Grundannahmen anzuregen. Das kann beispielsweise in den **Wirtschaftswissenschaften** bedeuten die Annahme, dass der Mensch zu seinem eigenen Vorteil lebt und als rein egoistisches, auf den eigenen Gewinn ausgerichtetes Wesen begriffen wird (Homo Oeconomicus), zu widerlegen und stattdessen den Mensch als kollektives Wesen zu begreifen, der Umverteilung von oben nach unten und eine zivile Nutzung der Produktionsmittel hervorbringen kann.

15

20

## Strategie

### A8 Take Back the Future – Der antikapitalistische Jugendkongress

- 5       • Alle SDS Mitglieder werden dazu aufgerufen, den Jugendkongress bei der Organisation zu unterstützen sowie den Jugendkongress in die jeweiligen Ortsgruppen zu tragen und dafür in den Städten zu mobilisieren.
- Aus möglichst vielen Ortsgruppen nehmen je 2-3 Genoss:innen an der Teamer:innenausbildung teil und unterstützen in ihrer Funktion als Teamer:innen die Durchführung des Kongresses im Juni.

#### 10   **Eine Generation unter Druck?**

Der Ausruf „In der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nix“ ist aktueller denn je. Erst im November diesen Jahres haben sich Union und SPD auf ein neues Wehrdienstmodell geeinigt. Zwar beruht dieses Modell (noch) auf Freiwilligkeit, doch sollten sich nicht genügend Freiwillige melden, werde eine „Bedarfswehrpflicht“ eingeführt.<sup>1</sup> Während die Bundeswehr also mit höherem Soll und Call-of-Duty ähnlichen Werbekampagnen für die Kriegstauglichkeit werben kann, werden Universitäten und soziale Angebote zusammengekürzt. Länder wie Berlin und Hessen gehen beispielsweise erhebliche Einsparungen in der Hochschulfinanzierung ein, was zur Streichung ganzer Studiengänge führt.<sup>2</sup> Statt bessere Ausbildungsvergütung und ein BAföG für Alle soll es nun den Dienst an der Waffe geben.

Mit den vier Landtagswahlen und der Abgeordnetenwahl in Berlin 2026 steht eine weitere massive Verschiebung der Verhältnisse zugunsten der AfD bevor. Besonders das ostdeutsche Bundesland Sachsen-Anhalt erhält durch Wahlumfragen mit 40% für die AfD mediale Aufmerksamkeit. Ob nun Regierungen aus vier Parteien oder der ersten CDU-Minderheitsregierung, geduldet durch die AfD, der Rechtsruck und die Zerstörung des alten Parteiensystems nehmen weiter ihren Lauf. Der Genozid in Gaza, antifeministische Bewegungen und der Klimakollaps sind weitere Krisen unserer Zeit. Wo können wir uns aktuell als Jugend und Jugendverband positionieren?

---

<sup>1</sup> <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/wehrdienstgesetz-freiwillig-musterung-verweigern-gehalt-100.html>

<sup>2</sup> <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/tausende-kritisieren-sparzwang-an-unis-in-hessen-und-berlin-7188>

## Eine Generation, die kämpft!

Statt passiv zuzuschauen, nehmen wir es selbst in die Hand: Ob das Direktmandat von Ferat Koçak in Neukölln für den Bundestag, der massive Protest in Gießen gegen die Neugründung der AfD-Jugendorganisation und propalästinensische Massenkundgebungen wie „Zusammen für Gaza“ und „All Eyes on Gaza“ in Berlin mit über 100.000 Teilnehmenden, um nur ein paar zu nennen.

Das alles sind Aktionen, bei denen wir als junge Generation einen erheblichen Anteil hatten. Doch da darf nicht Schluss sein, denn für tiefgreifende Veränderungen braucht es eine langfristige gemeinsame Organisation. Es benötigt einen Ort, der uns zusammenbringt, zum Austausch von Erfolgen und Misserfolgen, neuen Perspektiven und Strategien. Es braucht einen Ort, um sich die Zukunft zurückzuholen.

## Take Back The Future! Der antikapitalische Jugendkongress

Um diesen gemeinsamen Ort zum Vernetzen und Pläne schmieden zu schaffen, organisieren wir als SDS einen Jugendkongress vom 12. bis 14. Juni 2026 an der TU Berlin. Aufgeteilt in Logistik-, Mobi- und Programm-AG arbeiten wir seit Monaten an dem Projekt und haben mittlerweile den offiziellen Launch gestartet. Ganz konkret wird es um Folgendes gehen:

- **Vernetzung:** Ein Ort, an dem Studierende, Aktive aus Bewegungen sowie Gewerkschaft und Partei zusammenkommen können.
- **Ausbildung & Debatte:** Praktische Workshops, Skill-Sharing und Panels zu den dringendsten Fragen für sozialistische Kämpfe im 21. Jahrhundert: Antifaschismus, Militarisierung, Klima, Soziales und Internationalismus.
- **Ein gemeinsamer Aufbruch:** Ausgehend von unserem Kongress wollen wir die politische Landschaft an den Hochschulen und darüber hinaus links drehen.

Zur weiteren Planung wird vom 12.-14. Dezember die erste Kongresswerkstatt in Berlin stattfinden. Auf der Kongresswerkstatt wollen wir uns ein Wochenende lang in Präsenz treffen, um die nächsten Monate der Kongress-Orga zu diskutieren.

## Teamer:innen ausbilden für den Verbandsaufbau

Um das Ziel des Verbandsaufbaus durch den Kongress zu sichern, bilden wir von Januar bis Juni 50 Teamer:innen aus, die nicht nur dazu befähigt sind sozialistische Politik an ihren Hochschulen zu gestalten, sondern Teilnehmende auf dem Kongress begleiten und für den SDS gewinnen zu können.

Die Teamer:innenausbildung soll in einem Train-the-Trainers-Format an drei Präsenzwochenenden mit mehreren online Terminen dazwischen stattfinden. Ziel der Ausbildung ist es, die Teamer:innen zu befähigen, über zentrale Themen unseres Verbandes sprechfähig zu werden, Wissen vermitteln zu können und Fähigkeiten im Organizing zu lernen. Inhalte der Ausbildung sind:

1. **Theorie-Grundlagen und -Vertiefungen.** Die Teamer:innen lernen dabei auch, wie sie marxistische Theorien und Analysen an ihre Ortsgruppe weitervermitteln können.
2. **Praxis-Grundlagen im Organizing und Gruppenaufbau.** Die Teamer:innen lernen, wie man ein Plenum gut moderiert, Demos und Veranstaltungen organisiert, Ansprachen auf dem Campus durchführt und Social Media für unsere Praxis am besten nutzt.
3. Wir wollen **Theorie und Praxis nicht getrennt voneinander behandeln!** So eignen sich die Teamer:innen z.B. eine marxistisch fundierte Krisenanalyse an und entwickeln danach eigene sozialistische Narrative als Antworten darauf, die sie dann in Gesprächstrainings für den Campus ausprobieren können.

Die ausgebildeten Teamer:innen fungieren dann als Multiplikator:innen für Wissensvermittlung innerhalb unseres Verbandes. Damit kann unsere sozialistische Praxis an den Hochschulen auf ein neues Level gehoben werden. Vor allem für Kernaktive in neuen Ortsgruppen, die sich gerade erst gegründet haben und daher nicht auf lokale (Ausbildungs-)erfahrungen zurückgreifen können, bietet dies eine umfassende Ausbildungsmöglichkeit. Dadurch kann ein nachhaltiger Aufbau unseres Verbandes sichergestellt werden.

Deshalb wird es eine wichtige Aufgabe der Teamer:innen sein, Teilnehmende auf dem Kongress zu begleiten, sich mit ihnen zu vernetzen und auch nach dem Kongress den Kontakt mit ihnen zu halten. Dazu werden die Teilnehmenden in regionale Gruppen aufgeteilt, die von je zwei Teamer:innen in im Programm fest eingeplanten Teamer:innen-Slots begleitet werden. Hier wenden die Teamer:innen die in der Ausbildung gelernten Fähigkeiten an, leiten Diskussionen zu den auf dem Kongress behandelten Themen, planen Kampagnen und führen Gespräche mit den Teilnehmenden, sodass diese im Anschluss bereit sind neue SDS Ortsgruppen zu gründen und aufzubauen. Nach dem Kongress begleiten einige der Teamer:innen neu gegründete Ortsgruppen in ihrem Aufbau und geben ihr Wissen und ihre Fähigkeiten weiter.

### **Gemeinsam die Kräfte bündeln**

Wir alle sind als Sozialist\*innen in der Pflicht, eine Alternative zu Militarisierung, Genozid und Rechtsruck zu stellen. Das wird uns allerdings nur gelingen, wenn wir als Studierendenverband sichtbar sind und gesellschaftlich wahrgenommen werden.



Daher müssen wir den Kongress dazu nutzen, um den SDS als Gegenentwurf zur Perspektivlosigkeit zu etablieren. Dafür braucht es die Unterstützung jeder Ortsgruppe und eine Mobilisierung im gesamten Bundesgebiet.

5 Tragen wir den Kongress als Projekt in die Ortsgruppen, mobilisieren wir auf dem Campus mit Flyern und Plakaten und nutzen die Reichweite in den sozialen Medien. Dazu wird es auch einen eigens für den Kongress eingerichteten Account geben, über den wir Video- und Bildmaterial verbreiten.

10 So kann der Kongress eine entscheidende Rolle dabei einnehmen, den SDS als Gegenentwurf zum aktuellen Status Quo zu etablieren, der Raum für kollektives Handeln schafft, den Diskurs verschiebt und Veränderungen erkämpft.

## Die Linke

### A3 Die Linke gestalten: Mietenkampagne und ihre Chancen!

Wie für viele Arbeiter\*innen ist auch für Studierende die Miete der größte Kostenpunkt in ihrer  
5 Reproduktion. 2025 betrug die durchschnittliche Miete in Deutschland für Student:innen  
erstmal über 500€. Wir geben damit durchschnittlich 53% unseres Einkommens allein für  
das Wohnen aus. Unterdessen hat die Bundesregierung im Koalitionsvertrag festgehalten,  
dass sie die Wohnkostenpauschale im BAföG nur auf 440€ anheben will. Schon beim  
10 Deutschlandticket haben wir gesehen, dass diese Versprechen nicht mehr wert sind als das  
Papier, auf dem sie geschrieben wurden. Wir wissen, dass die Mieten durch eine jahrzehnte-  
lange Deregulierung des Immobilienmarktes in ganz Deutschland immer rasanter steigen  
und die Mietbelastungen besonders für Student:innen, Auszubildende und Menschen mit  
niedrigem Einkommen existenzbedrohend werden. Das erhöht die soziale Schließung des  
Studiums. Entweder man leistet sich die Mieten, pendelt oder lässt das bleiben, wenn Eltern  
15 an ungünstiger Stelle wohnen. Dies führt zu einem Ersticken des studentischen Lebens, der  
Campus wird so zu einem reinen Arbeitsort.

Obwohl die Lage so erdrückend ist, wurde sowohl von der Ampelregierung als auch der jet-  
zigen GroKo nichts getan, um die Mieten zu senken. Deswegen hat sich die Linke jetzt diesem  
Thema angenommen. Sie will die Frage der Miete zu dem politischen Thema in Deutschland  
20 machen und hat als Start der Mietenkampagne vor ein paar Wochen den Mietennotstand  
ausgerufen. In den nächsten drei Jahren sollen Mietenkämpfe belebt und gewonnen und so  
auch die gesamte Politik unter Druck gesetzt werden. Ziel ist es über lokale Kämpfe, ob für  
kommunale Mietendeckel oder gegen Mietabzocke, Mieter\*innen entlang ihrer Interessen zu  
organisieren. Gemeinsam können wir schrittweise so viel Druck aufbauen, dass sich selbst  
25 eine GroKo gezwungen sieht gegen den Mietennotstand vorzugehen und unsere Mieten zu  
senken!

Dafür brauchen wir jedoch eine klare antikapitalistische Analyse. Der starke Anstieg der Miet-  
preise ist nicht zwangsläufig das Wirken einer „Mietenmafia“, sondern Ausdruck des aktuell  
ungezügelter Marktes, einer daraus resultierenden Monopolisierung des Wohnungsbestan-  
30 des und der im Kapitalismus innewohnenden Tendenz der Profitmaximierung. Aus der Kon-  
sequenz daraus und für sozialistische Ziele, kann ein Mietendeckel für uns ein sinnvolles  
Nahziel sein. Daran muss sich aber der Kampf für eine basisdemokratische Verwaltung des  
Wohnraums anschließen. Nicht zuletzt darf auch der Aspekt der Militarisierung nicht außen  
vor bleiben: Alle Vorhaben der GroKo stehen unter einem sogenannten Finanzierungsvorbe-  
35 halt. Der äußert sich in einer unbegrenzt schuldenfinanzierten Aufrüstung, welcher den  
Raum für die anderen Vorhaben verkleinert. Zudem versucht die Bundesregierung gerade,  
die massive soziale Not auszunutzen, indem Soldat\*innensolde erhöht werden. Insofern

müssen wir den Anschluss der Wohnungskämpfe an die antimilitaristische Bewegung und umgekehrt suchen.

Der SDS Jena ist vor einem Monat in die Mietenkampagne in Jena eingestiegen und wirkt an ihrer Durchführung mit. Wir sehen in der Mietenkampagne mehrere Chancen für uns als SDS:

- 5            1. Die Chance Mieter\*innen zu organisieren und eine Bewegung aufzubauen: Die Mietenkampagne will organisieren, das heißt, es geht nicht darum, repräsentativ gute Mieten-Politik zu machen, sondern dass wir Mieter\*innen es selbst in die Hand nehmen und uns mit unseren Nachbar\*innen zusammenschließen und gemeinsam niedrigere Mieten einfordern. Wir holen uns zu hohe Nebenkostenabrechnungen von den Vermietern zurück oder sorgen dafür, dass der Schimmel endlich bekämpft wird. Die
- 10            Kampagne ist Politik von unten und will langfristig Mieter\*innen für bezahlbaren Wohnraum und das gute Leben organisieren. Um langfristig effektive sozialistische Politik voranzubringen, ist eine große Bewegung als Basis absolut notwendig. Auch deswegen empfinden wir es äußerst sinnvoll, mit der Mietenkampagne Menschen zu
- 15            aktivieren und sie erstmals in gemeinsame Kämpfe einzubeziehen und so eine Perspektive zu wecken.
2. Die Chance, mit der Mietenkampagne die Lebensverhältnisse vieler Menschen zu verbessern: Allein deswegen empfinden wir die Kampagne und ihren Erfolg als absolut unterstützenswert. Durch die Kampagne können bundesweit Mieten gedeckelt und das Leben von vielen Menschen erleichtert werden. Im Sinne einer Doppelstrategie gegen Rechts, kann die Mietenkampagne schaffen, was wir nach Gießen unbedingt brauchen: Menschen aus der Vereinzelung holen, Hoffnung stiften und aufzeigen wer die eigentlichen Gegner eines guten Wohnens für Alle sind.
- 20
- 25            3. Die Chance Einfluss auf die Linkspartei auszuüben und zu ihrer Erneuerung beizutragen: Mit der Mietenkampagne können wir der Linken Ansätze guter Politik vormachen und diese innerhalb der Partei stärken. Konkret können wir aufzeigen, wie man mit den Menschen gemeinsam ihre Interessen durchsetzt. Wir können so die Linke in ihrer Politik prägen und an ihrer Erneuerung mitwirken. Für eine Partei von unten, die mit den Menschen kämpft. Dies bedeutet eine Linkspartei, die sich weg vom Parlamentarismus und hin zur Basisarbeit bewegt. Und eben an diesem Wandel müssen wir mitwirken, indem wir falsche Ansätze kritisieren, und aber auch an sinnvollen und basisorientierten Projekten mitwirken!
- 30
- 35            Mit diesen Hoffnungen sind wir vor über einem Monat in die Kampagne mit eingetreten und haben maßgeblich an der Organisation von Haustürgesprächen mitgewirkt. Diese sind der zentrale Teil der Kampagne. Wie auch bei anderen erfolgreichen Haustüraktionen, wie in Neukölln oder kürzlich erst in New York City, stehen die Mieter\*innen im Vordergrund. Wir hören den Menschen zu, ihren Problemen mit der Miete oder dem Vermieter. Das müssen wir
- 40            als Linke viel mehr machen. In Jena haben wir als SDS bereits an vielen Türen geklingelt und

zu einer Mietenversammlung eingeladen. Die Mietenkampagne am 13.11. in Jena war die größte in ganz Deutschland! Mit über 100 Mieter\*innen haben wir uns dort zusammengefunden. Viele Menschen, mit denen wir an Haustüren gesprochen haben, sind gekommen und gemeinsam haben wir uns ausgetauscht und die nächsten Schritte im Kampf gegen Vonovia und Co. besprochen.

Die Haustürgespräche und die Mietenversammlung haben uns gezeigt: Die scheiß Miete ist zu hoch, die Wohnungssuche eine einzige Krise und Schimmel kein Einzelphänomen. Aber gemeinsam können wir uns wehren, denn wir haben erlebt, dass die Mieter\*innen bereit sind das nicht mehr so hinzunehmen.

10 Wir als SDS bringen folgende Forderungen in die Kampagne ein:

- Art. 13 GG soll nicht nur die Unverletzlichkeit der Wohnung beinhalten, sondern explizit um das Recht auf Wohnraum erweitert werden, wie in Artikel 11 des UN-Sozialpakts oder Artikel 37 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik.

15 - Vergesellschaftung von Wohnungskonzernen mit einem Bestand von mindestens 50.000 Wohnungen und Energiekonzernen

- Demokratisierung der Studierendenwohnheime: Mieter\*innenräte statt intransparente Verwaltungsräte.

- Schärfere Regelungen zur Erhöhung der Mieten bei Neuvermietungen)

- Förderung von studentischen Wohnraum

20 - Moratorium von der Privatisierung öffentlichen Wohnungsbestands.

- Unterstützung des Volksbegehren von Deutsche Wohnen enteignen

Wir sehen in der Mietenkampagne, den damit einhergehenden Haustürgespräche und einer Politik von unten, die wir mitgestalten können, eine große Chance und fordern, dass der Bundeskongress beschließt, dass der gesamte SDS sowie die lokalen Gruppen sich dem Thema

25 Miete annimmt und in die Mietenkampagne einsteigt! Hier liegt eine klare Möglichkeit zur Mitgestaltung der Linken und ihrer Politik sowie dem Aufbau einer Mieter\*innenbewegung, die bundesweit Einfluss auf die Politik nehmen kann! Mietennotstand heißt für uns auch, dass der Kampf für bezahlbares Wohnen im Zentrum einer verbindenden Klassenpolitik stehen muss.

30 Also raus aus der Uni und ran an die Haustüren, denn die scheiß Miete ist zu hoch!!

## **A7 Solidarische Alternative**

- 5 Die Linke.SDS befürwortet und unterstützt die Wahlkampfaktionstage rund um den Direktkandidaten Mustafa Groener vom 6. bis 8. Februar in Magdeburg und ruft alle Ortsgruppen auf, soweit es die vorhandenen Kapazitäten zulassen, sich zu beteiligen und zu diesen Aktionstagen zu mobilisieren. Darüber hinaus erstattet Die Linke.SDS unter finanziellem Vorbehalt maximal 500 Euro der Fahrtkosten für die teilnehmenden Genoss:innen.

## **D2 Sozialistische Opposition statt Mehrheitsbeschaffer Merz – Nein zur Rentenreform**

Das Rentenpaket der Bundesregierung sichert nicht die Rente, sondern die Altersarmut! Statt Stabilisierung braucht es Ausweitung der Rentenzahlungen. Solange die Kapitalseite nicht wesentlich zur Finanzierung herangezogen wird, steht das System auf Füßen aus Ton. Schönheitskorrekturen tragen nicht dazu bei, den Anteil der Arbeiterklasse am gesellschaftlichen Reichtum zu erhöhen. Die Rente sichern heißt, sich die Verteilungs- und Eigentumsfrage vorzunehmen. Mit ihrer Enthaltung bei der Abstimmung zur Rentenreform hat sich die Bundestagsfraktion der Linken einmal mehr als „verantwortungsvoller“ (Vize-Kanzler Klingbeil) Mehrheitsbeschaffer für die Regierung bewiesen. Diese Politik kann nur als Vorbereitung und Sich-Bereit-Zeigen für die „Verantwortung“ in der Regierung interpretiert werden. Als Studierendenverband DieLinke.SDS sagen wir dieser Orientierung klar und deutlich: Nein!

Wir befinden uns in einer Hegemoniekrise des imperialistischen Systems, hiermit geht die Häufung von Regierungskrisen einher. Statt in die Falle der staatspolitischen Verantwortung zu gehen, braucht es klare Opposition gegen die Verhältnisse. Nur so lässt sich eine glaubhafte Alternative entwickeln, die den Interessen der lohnabhängigen Klasse hier und international dient. Eine Orientierung auf die Politik des kleineren Übels passiviert die Initiative, sich zu involvieren und die Geschichte als Klasse selbst in die Hand zu nehmen. Der Liberalismus hat ausgedient und mit ihm die Parteien der sogenannten „Mitte“, die in unserer Klasse zu recht als Vertreter des sich stetig verschlechternden Status Quo, als Vertreter der sich konstant verschärfenden Verelendungs- und Kriegsertüchtigungspolitik gelten. Der Aufstieg der AfD in den Wahlumfragen ist vor allem der Tatsache zu „verdanken“, dass sie in Teilen unserer Klasse fälschlicherweise als Opposition zu diesem Status Quo wahrgenommen wird, obwohl sie der rabiateste Ausdruck dieser Politik ist. Eine höchstgefährliche, aber keineswegs neue Methode – ohne Demagogie und Sündenböcke wäre schon die NSDAP nicht an die Macht gelangt. Als Linke müssen wir dagegen die wirkliche Opposition und Alternative zu den Verhältnissen sein – in Schule und Hochschule, Betrieb und Stadtteil, und auch im Parlament – anstatt die elende Regierungspolitik von links abzusichern.

Unsere Aufgabe ist klar: Der Kampf für Verteidigung und Ausbau unserer erkämpften sozialen und demokratischen Rechte – gegen die von der Merz-Regierung geplanten Angriffe auf Rechts- und Sozialstaat. Der Kampf für Frieden durch Abrüstung, internationale Kooperation und Austritt aus der NATO – gegen den gefährlichen Wahnsinn der Blockbildung, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Der Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen, insbesondere mit allen Mitteln der Bildung, Kunst und Kultur, für Solidarität und Kooperation statt Egoismus und Konkurrenz, für den Sozialismus statt der Barbarei. Dies sind die besten Mittel gegen rechts!

Die Geschäftsführung von DieLinke.SDS wird damit beauftragt den Beschlusstext innerhalb einer Woche der Vertreterin von DieLinke.SDS im Parteivorstand, dem gesamten Parteivorstand und den Mitgliedern der Fraktion Die Linke im Bundestag zuzusenden.

## Verband

### **A6 Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser. Bundesvorstandsprotokolle und Beschlüsse müssen verbandsöffentlich zugänglich sein!**

- 5 Der Bundesvorstand wird dazu angehalten, die Protokolle der Vorstandssitzungen nach ihrer Genehmigung allen Verbandsmitgliedern zugänglich zu machen. Des Weiteren sollen auch die bisherigen Protokolle des aktuellen Bundesvorstands veröffentlicht werden. Als Vorbild dafür kann die regelmäßige Veröffentlichung der Bsp:R-Protokolle über die Nextcloud dienen.